

# Bäuerlicher Radikalismus und Nationalsozialismus im östlichen Niederbayern 1924 bis 1933

## 1. Einleitung

Während die Dominanz des politischen Katholizismus für viele katholische Landregionen in der Weimarer Republik geradezu charakteristisch war, lagen die Dinge in Niederbayern anders.<sup>1</sup> Als ernsthafte Konkurrenz zur Bayerischen Volkspartei (BVP), dem bayerischen Ableger des Zentrums, trat hier besonders in den östlichen Bezirksämtern sowie an der unteren Donau der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund hervor (BBMB), kurz Bauernbund genannt.<sup>2</sup> Wie die BVP von einer bäuerlich-mittelständischen Klientel geprägt, erfuhr er seit dem Einsetzen der globalen Agrardepression 1923/24 starken politischen Auftrieb. Dieser Trend hielt jedoch nur bis zu den Maiwahlen des Jahres 1928 an; seit der dramatischen Verschärfung der Agrarkrise 1928/29 setzte der Niedergang ein.<sup>3</sup> Während der BBMB an Stimmen verlor, gewann die bisherige Splitterformation der NSDAP neue hinzu. So rekrutierten die Nationalsozialisten seit 1929 besonders viele neue Anhänger in den einstigen Hochburgen des Bauernbundes.<sup>4</sup>

Anknüpfend an diese Befunde soll im Folgenden der Zusammenhang von regionaler politischer Kultur und dem Aufstieg der NSDAP aufgezeigt werden, vornehmlich am Beispiel

---

1 Dietrich Thränhardt, Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848-1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems, Düsseldorf 1973, S. 175-180, bes. S. 176, Tab. 30; demnach stieg der Stimmenanteil des Bauernbundes im Regierungsbezirk Niederbayern von 27,5% bei den Reichstagswahlen 1924/1 auf 35,3% bei den Reichstagswahlen 1928; gleichzeitig ging das BVP-Votum von 43,1% auf 37,2% zurück.

2 Hansjörg Bergmann, Der Bayerische Bauernbund und der Bayerische Christliche Bauernverein 1919-1928, München 1986; Anton Hochberger, Der Bayerische Bauernbund, München 1991; Heinz Haushofer, Der Bayerische Bauernbund (1893-1933), in: Heinz Gollwitzer (Hg.), Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, Stuttgart/New York 1977, S. 562-586.

3 Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 324-326.

4 Kim R. Holmes, The NSDAP and the Crisis of Agrarian Conservatism in Lower Bavaria. National Socialism and the Peasants' Road to Modernity, New York/London 1991, S. 161; ähnlich war die Situation in Bayerisch-Schwaben; vgl. Zdenek Zofka, Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande. Eine regionale Fallstudie zur politischen Einstellung der Landbevölkerung in der Zeit des Aufstiegs und der Machtergreifung der NSDAP 1928-1933, München 1979, S. 46f., 103.

der östlichen Bezirksämter Griesbach und Pfarrkirchen, traditionellen Hochburgen des Bauernbundes. Der Schlüssel zum späten Erfolg der NSDAP bei den Reichstagswahlen von 1933, als sie in Niederbayern immerhin 44,0 Prozent (Reichsschnitt 43,9 Prozent) der Stimmen auf sich vereinigte<sup>5</sup>, liegt dabei – so die Ausgangsthese – in vier Faktoren begründet. Nachdem sich der Bund vor dem ersten Weltkrieg als ländliche Protestformation profiliert hatte, haftete ihm seit seiner Regierungsbeteiligung in München 1920 ein Defizit an Radikalität an. Mit der Verschärfung der globalen Agrardepression ab 1928/29 wurden jedoch gerade aus den Kreisen der Jungbauern Forderungen nach ebenso entschiedenen wie durchgreifenden agrarpolitischen Maßnahmen laut.<sup>6</sup> Hierauf konnte die Führung des Bauernbundes nicht eingehen, so lange ihr durch die politische Mitverantwortung in der Landeshauptstadt die Hände gebunden waren. Hinzu kam, dass der BBMB nur lose organisiert war, also im Gegensatz zur BVP über kein Netzwerk an Partnerorganisationen und Vereinen verfügte. Damit fehlten hier die wesentlichen Voraussetzungen für die Entstehung geschlossener „sozialmoralischer Milieus“ (Rainer M. Lepsius)<sup>7</sup> wie auch einer festen Stammwählerschaft.<sup>8</sup> Die regionalen NSDAP-Agitatoren erkannten diese Schwachstelle des Bundes und wussten sie für sich zu nutzen. Dass sie vom Niedergang des Bundes profitieren konnten, lag im Wesentlichen darin begründet, dass sie seine Themen nicht nur aufgriffen, sondern zusätzlich radikalisierten und zuspitzten. Dabei nahmen sie Rücksicht auf die religiösen Gefühle der niederbayerischen Landbevölkerung, deren Lebensalltag noch stark von der katholischen Kirche geprägt war. Dies schuf eine der wesentlichen Voraussetzungen für den durchschlagenden Erfolg der NSDAP bei den März-wahlen 1933 in einer Region, in der diese Partei zuvor nicht recht Fuß fassen konnten.

Die Untermauerung dieser Thesen erfolgt in fünf Schritten: Nach einem kurzen Blick auf die politische Situation im Untersuchungsgebiet in den letzten zwölf Monaten vor der NS-Machtergreifung wird dessen politische Geographie für die gesamte Zeit der Weimarer Republik dargelegt. Eine Skizze der Entwicklung des BBMB für die Jahre 1893 bis 1933 fokussiert seine politische Agenda, vor allem diejenigen Themen, die später von den Nationalsozialisten in Anknüpfung an das Vorbild der Schleswig-Holsteinischen Landvolkbewegung aufgegriffen wurden.<sup>9</sup> Die Taktik und die Strategie der niederbayerischen NSDAP bei der Mo-

5 Weitere Vergleichszahlen bei Thränhardt, Wahlen, S. 133-136.

6 Zur Weltwirtschaftskrise in Südbayern grundlegend: Wolfgang Stäbler, Weltwirtschaftskrise in der Provinz. Studien zum wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel im Osten Altbayerns 1928 bis 1933, Kallmünz 1992.

7 Zum Begriff vgl. Rainer M. Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung in der deutschen Gesellschaft (1966), in: Ders., Demokratie in Deutschland. Soziologisch-historische Konstellationsanalysen. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1996, S. 25-30; seit den Neunziger Jahren wird der Milieubegriff weiter ausdifferenziert, vgl. auch Franz Walter, Milieus und Parteien in der deutschen Gesellschaft zwischen Persistenz und Erosion, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 46, 1995, S. 479-492, bes. 486f. sowie Siegfried Weichlein, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik, Göttingen 1996, hier bes. S. 16f., S. 52-76.

8 Der Bauernbund schöpfte traditionell aus dem Reservoir unzufriedener Zentrums bzw. BVP-Anhänger; das gilt besonders für die Zeit nach 1893 sowie die Jahre 1924 bis 1928; vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 321, 328-333; Hochberger, Bauernbund, S. 120.

9 Rudolf Heberle, Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart 1963; Gerhard Stoltenberg, Politi-

bilisierung neuer Anhänger stehen im Mittelpunkt des vorletzten Teils. Darin geht es vor allem um die Anstrengungen der regionalen Parteigliederungen, die traditionellen Hochburgen des Bauernbundes zu erobern. In einem knappen Resumé sollen nochmals die Spezifika des Aufstiegs der niederbayerischen NSDAP im Vergleich mit anderen ländlichen Regionen Deutschlands aufgezeigt werden.

## 2. Zur politischen Lage Niederbayerns in den Monaten vor den Märzahlen 1933

„In neuer Zeit hat die Partei bedeutenden Zuwachs aus dem Bauernbunde zu verzeichnen. Der Bauer hat es jetzt endlich erkannt, daß es so nicht mehr weitergehen kann. Er steht vor dem Ruin, das was er und seine Kinder geschaffen haben, fällt der Versteigerung anheim.“<sup>10</sup> Auf diesen Nenner brachte der NSDAP-Redner Otto Erbersdobler die Ursachen für den enormen Zulauf zu seiner Partei auf einer Versammlung am 17. Juli 1932 in Pfarrkirchen im Rottal. Es waren in der überwiegenden Zahl jugendliche Zuhörer, vor allem Bauernsöhne aus der näheren und weiteren Umgebung, die an jenem Sommerabend dort-hin gefunden hatten.<sup>11</sup> Noch eineinhalb Jahre zuvor wäre eine solche Resonanz für die bisherige ‚Außenseiterformation‘ NSDAP kaum denkbar gewesen. Doch dann kam jener Krisenwinter der Radikalisierung von 1931/32, der auch in Niederbayern eine fundamentale politische Neuorientierung breiter Bevölkerungsgruppen einleitete.<sup>12</sup> Sichtbarstes Symptom hierfür war eine beispiellose Versammlungsoffensive, die den Nationalsozialisten seit Oktober 1931 auch die abgelegensten Dörfer erschloss.<sup>13</sup> Angesichts der zunehmenden Lähmung des gemäßigten Spektrums, bestehend aus Bauernbund, BVP und SPD, rissen die NS-Redner die politische Initiative an sich. Mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung verhalfen sie damit in Niederbayern einem Trend zum Durchbruch, der in den protestantischen Landregionen Deutschlands schon weit fortgeschritten war.<sup>14</sup>

---

sche Strömungen im Schleswig-Holsteinischen Landvolk 1918-1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1962.

10 Versammlungsbericht unter Staatsarchiv Landshut (im Folgenden abgekürzt als StAL) Rep. 164, 14 Nr. 6510.

11 Ebd.

12 Grundlegend immer noch Geoffrey Pridham, *Hitlers' Rise to Power. The Nazi Movement in Bavaria 1927-1933*, London 1973, bes. S. 259-263.

13 Vgl. Holmes, *The NSDAP*, S. 151-156; für andere bayerische Regionen vgl. Martin Hille, *Der Aufstieg der NSDAP im Bezirksamt Tölz bis zur Machtergreifung*, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 66, 2003, S. 891-935, hier S. 923-931; Stäbler, *Weltwirtschaftskrise*, S. 324f.; Zofka, *Ausbreitung*, S. 80-84.

14 Grundlegend für die protestantischen Landregionen Norddeutschlands, für die häufig eine vergleichsweise frühzeitige „Einnistung“ der NSDAP in das lokale Milieu konstatiert wurde: Wolfram Pyta, *Dorf-gemeinschaft und Parteipolitik 1918-1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1996, hier u.a. S. 12, 19, 324-336, 472-479; für Mecklenburg neuerdings Mechthild Hempe, *Ländliche Gesellschaft in der Krise. Mecklenburg in der Weimarer Republik*, Köln/Weimar/Wien 2002, bes. S. 317-346; vgl. auch Daniela Münkel, *Bauern und Nationalsozialismus. Der Landkreis Celle im Dritten Reich*, Bielefeld 1991, bes. S. 38-51; für das Schleswig-Holsteinische Beispiel Heberle, *Landbevölkerung*; Stoltenberg, *Politische Strömungen*, bes. S. 128-130, 145-147.

Umso überraschender gestaltete sich der Ausgang der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932. Während die NSDAP im Reichsschnitt mit 37,3 Prozent ihr bis dahin bestes Resultat einfahren konnte, hatten in Niederbayern lediglich 21,1 Prozent der Wähler für sie gestimmt.<sup>15</sup> Darin manifestiert sich zunächst die generell feststellbare Verzögerung des Vordringens der NS in den überwiegend katholisch geprägten Gebieten des Reichs.<sup>16</sup> Wie in Bayerisch-Schwaben oder im nördlichen Westfalen auch wurde der Vorstoß der Braunhemden in die Dörfer vor allem dort verzögert, wo die lokalen politischen Meinungsführer und ihr Klientel in das Netzwerk des politischen Katholizismus eingebunden waren.<sup>17</sup> Gleichzeitig tritt selbst im Vergleich zu solchen Gebieten das schwache Potential der niederbayerischen NSDAP hervor; nur im Rheinland rangierte sie bei den Juliwahlen 1932 ähnlich weit hinten wie hier.<sup>18</sup>

Dabei war die NSDAP bei den Juliwahlen 1932 selbst im bayerischen Unterland hier und da auf positive Resonanz gestoßen. Mit 28,8 Prozent respektive 33,3 Prozent in den Bezirksämtern Vilshofen und Griesbach südwestlich und westlich von Passau näherte sie sich zumindest dort dem Reichsdurchschnitt.<sup>19</sup> Dass die NSDAP-Parolen gerade in diesem Raum ein stärkeres Echo gefunden hatten, zeigten noch die letzten ‚halbfreien‘ Reichstagswahlen vom 5. März 1933. Mit 62,2 Prozent im Bezirksamt Griesbach erzielte die Partei hier sogar ihr bestes Resultat im altbayerischen Raum (Niederbayern, Oberpfalz, Oberbayern).<sup>20</sup> Wie in den meisten Gebieten Deutschlands ereignete sich dieser politische Erdbeben vor allem auf den Dörfern.<sup>21</sup> In Gemeinden unter 2.000 Einwohnern, wo die Wahl

---

15 Zahlen nach Thränhardt, Wahlen, S. 136.

16 Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 stimmten Protestanten durchschnittlich zweieinhalbmal so häufig für Hitler wie Katholiken; vgl. Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler*, München 1992, S. 177f.; über die Bedeutung des konfessionellen Faktors für den Aufstieg der NSDAP ist sich die Forschung durchweg einig; vgl. u.a. Thomas Childers, *The Nazi Voter. The Social Foundations of Fascism in Germany*, London 1983, S. 112-118, 188-191, 258-261; Jürgen W. Falter/Michael H. Kater, *Die Wähler und Mitglieder der NSDAP*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19, 1993, S. 155-177, hier bes. S. 167-172; Karl Rohe, *Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M., S. 18, 157f.

17 Vgl. allgemein: Cornelia Rau-Kühne, *Katholisches Milieu und Nationalsozialismus*, in: Andreas Wirsching/Walter Ziegler/Horst Möller (Hg.), *Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur internationalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich*, München 1996, S. 214-236; für den ländlich-katholischen Raum: Peter Exner, *Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919-1969*, Paderborn 1997, hier bes. S. 288-298, 486 mit Tab. 39 sowie Caroline Wagner, *Die NSDAP auf dem Dorf. Eine Sozialgeschichte der NS-Machtergreifung in Lippe*, Münster 1998, bes. S. 197, 257f.; für die bayerische Provinz u.a.: Werner K. Blessing, „Deutschland in Not, wir im Glauben“... Kirche und Kirchenvolk in einer katholischen Region, in: Martin Broszat/Klaus Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland*, München 1989, S. 3-113; Pridham, *Hitlers' Rise*, S. 146-183; Zofka, *Ausbreitung*, S. 46, Abb. 11 u. 12 sowie S. 157-176.

18 Auch die Wahlbezirke mit den niedrigsten NS-Voten in Deutschland lagen seinerzeit in Niederbayern. Es waren Landau an der Isar und Bogen mit entsprechend 7,3 respektive 8,5 Prozent; vgl. Falter, *Hitlers Wähler*, S. 35, 160.

19 Zahlen nach Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes (im Folgenden abgekürzt als ZBStL) 64, 1932, S. 461.

20 Nach ZBStL 65, 1933, S. 322.

21 Vgl. Falter, *Hitlers Wähler*, S. 259f.; Pridham, *Hitlers' Rise*, S. 236; Thränhardt, *Wahlen*, S. 180.



beteiligung bislang unterdurchschnittlich gewesen war, fielen die Gewinne für die NSDAP am höchsten aus.<sup>22</sup> Entsprechend errangen die Nationalsozialisten in den niederbayerischen Bezirksämtern mit 44,9 Prozent höhere Stimmenanteile als in den vier kreisfreien Städten Passau, Straubing, Deggendorf und Landshut (38,0 Prozent).<sup>23</sup>

Hitlers Partei hatte also vornehmlich auf dem Land hinzugewonnen. Worin lagen die langfristigen Ursachen für diese beispiellose Umwälzung der politischen Landschaft innerhalb kürzester Zeit? Ein Blick auf Taktik und Strategie der niederbayerischen NSDAP in den Jahren nach 1929 liefert hierzu wichtige Aufschlüsse. Die Kulisse bildete die seit 1924 grassierende und sich nach 1928/29 nochmals dramatisch verschärfende Agrarkrise.<sup>24</sup> Angesichts der sich wirtschaftlich verschlechternden Lage hatte sich in der Bevölkerung auf dem Land seit längerem Unmut über die vermeintliche Passivität der eigenen politischen Führer angestaut. Die NSDAP nutzte diese Situation seit 1929, indem sie an die langjährige Tradition des bäuerlichen Radikalismus anzuknüpfen versuchte, wie sie bis dahin unangefochten der niederbayerische Flügel des ansonsten eher gemäßigt auftretenden Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes vertreten hatte.<sup>25</sup> Dieser Flügel verkörperte eine Tradition des bis in die 1890er Jahre zurückreichenden politischen Protests, der sich gegen die Dominanz der katholischen Kirche und der hohen Beamtschaft richtete.<sup>26</sup> Daran hatte sich auch in den Zwanziger Jahren nichts Grundlegendes geändert, auch wenn die Agitation der radikalen „Bündler“, bedingt durch die Regierungsbeteiligung in München, an Schärfe verloren hatte.

### 3. Konturen der politischen Geographie Niederbayerns in den Zwanziger Jahren

Kennzeichnend für die politische Landschaft Altbayerns in den Zwanziger Jahren war die Dominanz der katholisch-konservativen BVP mit ihrem Netzwerk an Standesorganisationen und Vereinen.<sup>27</sup> Dies galt vor allem für die Oberpfalz, ihre traditionelle Hochburg, ferner für weite Gebiete Oberbayerns, Schwabens und Unterfrankens. Für ein katholisch geprägtes Land eher untypisch, existierte mit dem Bauernbund darüber hinaus eine Partei von beträchtlichem politischem Gewicht, die vor allem in Niederbayern als ernsthafte Konkurrenz zur BVP hervortrat.<sup>28</sup> Vergleichbar mit anderen Ländern Mittel-, Ost- und Nordeuropas

22 Vgl. Falk Wiesemann, *Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932/33*, Berlin 1975, S. 264, 267; vgl. allgemein auch Horst Gies, *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Der Weg in den Reichsnährstand*, in: *Zeitgeschichte* 13, 1986, S. 113-141.

23 NSDAP-Wahlergebnisse bei den Reichstagswahlen vom 5.3.1933 für einige Bezirksämter Niederbayerns: Pfarrkirchen: 55,4%; Vilshofen: 53,6%; Straubing: 44,3%; Landshut: 39,6%; Vilsbiburg: 32,3%; Landau/Isar: 26,5%; Vergleichszahlen für die kreisfreien Städte: Deggendorf: 31,8%; Landshut: 34,4%; Straubing: 34,0%; Passau: 47,6%; alle Zahlen nach ZBSL 65, 1933, S. 322.

24 Vgl. Stäbler, *Weltwirtschaftskrise*, bes. S. 51-53.

25 Vgl. Anm. 2.

26 Vgl. Hochberger, *Bauernbund*, S. 111-130, 252-280.

27 Grundlegend: Klaus Schönhoven, *Die bayerische Volkspartei 1924-1932*, Düsseldorf 1972.

28 Mit Ausnahme Österreichs gediehen in der Zwischenkriegszeit politische Bauernbewegungen vor allem dort, wo der Katholizismus schwach verankert war; insofern stellt Niederbayern im europäischen Kontext einen Sonderfall dar; vgl. Stein Rokkan, *Citizens, Elections, Parties*, Oslo 1970, S. 128.

hatte sich hier Ende des neunzehnten Jahrhunderts eine bäuerliche Protestformation formiert, deren Einfluss auf den politischen Prozess nicht zu unterschätzen war.<sup>29</sup> Nachdem sich die „Bündler“ schon vor dem ersten Weltkrieg stark positioniert hatten, konnten sie seit 1924 neue Anhänger mobilisieren, nachdem die Panikbotschaft von der „Agrarkrise“ erneut die Runde machte.<sup>30</sup>

Zunächst hatten die Kriegswirtschaft und die Versorgungsengpässe der ersten Nachkriegsjahre den Bauern einen gewissen Wohlstand beschert, doch ab 1923/24 bekamen sie die Wirkungen der globalen Agrarpreisbaisse immer deutlicher zu spüren.<sup>31</sup> Stagnierende Preise für Getreide und Vieh sowie eine anschwellende Verschuldung nährten eine neue Unzufriedenheit, die sich in erster Linie an der Politik der Bayerischen Volkspartei und der bayerischen Staatsregierung rieb. Der BBMB profitierte von dieser Missstimmung, so dass der niederbayerische Regierungspräsident bereits am 20. April 1925 nach München berichten musste, dass nunmehr auch „viele Bauern, die früher für die Staatsautorität gewirkt hatten und Mitglieder der bayerischen Volkspartei waren“, zu den „leidenschaftlichsten Anhängern“ des radikalen Bauernbündelführers Carl Gandorfer zählten.<sup>32</sup> Dieser Trend bestätigte sich bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928, als der Bauernbund in Niederbayern mit 35,3 Prozent der Stimmen sein bis dahin bestes Resultat erzielen konnte.<sup>33</sup> Er lag damit nur knapp hinter der BVP, die mit 37,3 Prozentpunkten ihren alten Vorsprung nahezu eingebüßt hatte. In seinen Hochburgen im unteren Rott- und Donautal fielen die Stimmengewinne am deutlichsten aus. Mit Voten von 56 bis 57 Prozent in den Bezirksamtern Griesbach, Vilshofen und Pfarrkirchen erfuhr der Bauernbund den stärksten Zuspruch.<sup>34</sup> Weitaus schwächer schnitt dort die Bayerische Volkspartei ab mit Prozentanteilen von jeweils weit unter dreißig Prozent.<sup>35</sup> Die langjährige politische Vorreiterrolle des Bundes wurde in diesen Gebieten erneut bestätigt und nichts schien zu diesem Zeitpunkt auf seinen baldigen Niedergang hinzudeuten.

Um so überraschender erfolgte sein jäher politischer Absturz und dies, obwohl mit der Zuspitzung der Krise seit 1928/29 erneut die Stunde des bäuerlichen Radikalismus schlug. Diesmal gelang es dem BBMB jedoch nicht, aus dieser Unzufriedenheit politisches Kapital zu schlagen, denn zunehmend richtete sich diese nicht nur gegen die Regierung in München, sondern auch gegen die vermeintliche Passivität der eigenen Führung. Vor allen Dingen in den Hochburgen des Bauernbundes rumorte es. In der Folge musste der Bauernbund bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 erstmals deutliche Verluste hinnehmen. Einem Minus von sechs Prozent standen in Niederbayern leichte Gewinne für die

---

29 Vgl. hierzu allgemein: Gustavo Corni, Markt, Politik und Staat in der Landwirtschaft. Ein Vergleich zwischen Deutschland und Italien im 20. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 51, 2003, S. 62-77; Hans-Jürgen Puhle, Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert, Göttingen 1975; für das deutsche Reich und die frühe Weimarer Republik grundlegend: Jens Flemming, Landwirtschaftliche Interessen und Demokratie. Ländliche Gesellschaft, Agrarverbände und Staat 1890-1925, Bonn 1978.

30 Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 321-324.

31 Ebd. S. 9 f, 193-196.

32 Bericht unter: Bayerisches Hauptstaatsarchiv (abgekürzt HStAM) MA 102140.

33 Vgl. hierzu Bergmann, Bauernbund, S. 324-326.

34 Zahlen nach ZBStL 60, 1928, S. 456.

35 Griesbach: 25,9 Prozent, Pfarrkirchen: 26,7 Prozent, Vilshofen: 28,2 Prozent; Zahlen nach ebd.

Bayerische Volkspartei (auf 38,4 Prozent) und deutliche Zuwächse für die NSDAP (auf 11,6 Prozent) gegenüber.<sup>36</sup> Damit hatte die Hitlerbewegung auch in Niederbayern den Sprung aus der politischen Bedeutungslosigkeit geschafft, jedoch ohne den Reichsschnitt von 18,3 Prozent zu erreichen. Bis es zum Kollaps des BBMB kam, sollten noch einmal mehr als eineinhalb Jahre vergehen. Bei den Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932 musste er eine Halbierung seiner Wählerschaft hinnehmen, während neben der NSDAP die BVP hinzugewann und sich auf 43,2 Prozent verbessern konnte.<sup>37</sup> Das entsprach einem Plus von 5,2 Prozent, das in erster Linie auf das Konto des Bauernbundes ging.<sup>38</sup> Keine ausgeprägten Wählerfluktuationen gab es anlässlich der Reichstagswahlen vom November 1932. Die allgemeine Wahlmüdigkeit führte zu einem leichten Stimmenrückgang für die NSDAP (auf 19 Prozent), während der BBMB einige Anhänger zurückgewinnen konnte.<sup>39</sup> Lange währte dieses Zwischenhoch jedoch nicht, denn schon vier Monate später, bei den Märzahlen von 1933, sollte das politische Schicksal des Bundes endgültig besiegelt werden.

#### 4. Entwicklungslinien und Themen des niederbayerischen Bauernbundes

Der Bayerische Bauernbund war ein Kind der ersten globalen Landwirtschaftskrise; seine Anfänge lagen in der fruchtbaren Donauebene um Straubing. Nachdem der Boom der 1860er und frühen 1870er Jahre den Großbauern zwischen Regensburg und Osterhofen einen beispiellosen Wohlstand beschert hatte, kündigte sich zwischen 1873 und 1876 die erste globale Agrardepression an, verursacht durch die wachsende Konkurrenz auf den internationalen Agrarmärkten, vor allem der US-amerikanischen und kanadischen Produzenten.<sup>40</sup> Die 1878 von Berlin verhängten Schutzzölle hatten zwar eine vorübergehenden Stabilisierung der bäuerlichen Einkommen zur Folge, doch die vorsichtige Öffnung der deutschen Agrarmärkte durch die Handelsverträge Reichskanzler Caprivis von 1891 führte dann zu erneuten Absatzproblemen.<sup>41</sup> Besonders stark unter Druck geriet der Markt für Brotgetreide, so dass der Weizenpreis im Königreich Bayern von 10,04 Mark pro Zentner im Jahr 1890 auf 7,10 Mark in Jahr 1894 fiel.<sup>42</sup> Spürbare Folgen für die Betriebe hatte

36 Zahlen nach ZBStL 63, 1931, S. 85.

37 Zahlen nach ZBStL 64, 1932, S. 461.

38 Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 179f.

39 Stimmenanteile des Bauernbundes bei den Reichstagswahlen 1932 und 1933 in Niederbayern: 1932/1: 14,4%; 1932/2: 16,9%; 1933: 9,5%; Zahlen nach ZBStL 64, 1932, S. 461; 65, 1933, S. 93, 322.

40 Zur Situation der Landwirtschaft in Bayern Ende des 19. Jahrhunderts: Bergmann, Bauernbund, S. 6-48; Hochberger, Bauernbund, S. 6-15 sowie Dietmar Stutzer, Geschichte des Bauernstandes in Bayern, München 1988, S. 240-245.

41 Stutzer, Geschichte, S. 241.

42 Vgl. Hochberger, Bauernbund, S. 8, 10; teilweise konnten Roggen und Weizen um 1893/94 nur noch zur Hälfte des Ursprungspreises verkauft werden, so Alois Schlögl (Hg.), Bayerische Agrargeschichte. Die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts, München 1954, S. 567; Preisreihen für das deutsche Kaiserreich und Preußen 1871-1914 bei Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995, S. 687.

überdies der Einbruch der Preise für Vieh, auch wenn dieser nicht so dramatisch ausfiel wie beim Getreide. Schon bald machte sich bei Niederbayerns Landwirten Krisenstimmung breit; besonders verbreitet war sie unter den Großbauern, bei denen sich die Ängste vor dem Verlust ihrer traditionellen dörflichen Führungsposition mit solchen eines generellen Prestigeverlusts des Bauernstandes mischten. Die vermeintliche Passivität der traditionellen Autoritäten in Staat und katholischer Kirche heizte die Missstimmung unter den Landleuten zusätzlich an.<sup>43</sup> Im Zentrum der Kritik stand die bayerische Zentrumsparlei, nachdem auch diese für die Handelsverträge Caprivis von 1891 gestimmt hatte.<sup>44</sup> Als sich im Jahr 1893 mit dem Bund der Landwirte (BDL) erstmals eine Dachorganisation agrarischer Interessen formierte, fielen ihre Parolen unter den Straubinger Großbauern sogleich auf fruchtbaren Boden. Für den 18. März 1893 beriefen führende Mitglieder des BDL eine Bauernversammlung in die Gäubodenmetropole ein, um einen niederbayerischen Ableger, den „Bund niederbayerischer Landwirte“ zu gründen.<sup>45</sup> Einem solchen Bündnis stand freilich die Ablehnung der ostelbischen Junker und des preußischen Militarismus in weiten Teilen der niederbayerischen Bevölkerung entgegen. Die geplante Allianz mit den ‚Ostelbiern‘ musste fallengelassen werden, so dass es schon beim zweiten Treffen in Straubing am 10. April 1893 zur Formierung des Niederbayerischen Bauernbundes kam. Fortan wollten die Bauern eigene Wege gehen, unabhängig vom Reich, vor allem aber unabhängig von den bis dahin unangefochtenen Autoritäten in Staat und katholischer Kirche. Stellvertretend für diese Stimmung mögen die Worte eines der Gründungsmitglieder des Niederbayerischen Bauernbundes, des Bauern Waasmeier stehen: „Nicht unser Herrgott ist schuld, dass es uns schlecht geht“, meinte er in Anspielung auf die politische Gegnerschaft des Abtes von Metten, „sondern die guten Freunderln, die Herren Prälaten im Land- und Reichstag. Die neue Reichspolitik, der Wechselbalk der Zentrums politik, die Handelsverträge, Steuerlasten und Gesetze sind schuld, dass wir Bauern uns so heftig beklagen müssen.“<sup>46</sup>

Abgesehen von der Vierschrötigkeit des neuen politischen Stils stärkten solche Argumente die Ressentiments einer Gruppe, die ihr Selbstverständnis als Volksernährer ernsthaft gefährdet sah. In der Folge erfasste die Bauernbundbewegung rasch weitere Gebiete Frankens, Schwabens und Oberbayerns. Die Gruppen schlossen sich schon bald zum Bayerischen Bauernbund zusammen, ehe sich 1897 noch der Oberbayerische Bauernbund hinzugesellte. Schon bald zeigte sich indes, dass zwischen den Gebirgsbauern der Alpenregionen und ihren getreidebauenden Standesgenossen im fruchtbaren Unterland deutliche Interessengegensätze bestanden.<sup>47</sup> Bis 1912 kam es immer wieder zu Abspaltungen, vor allem seitdem mit der Überwindung der ersten globalen Agrardepression 1905/07 das einigende Band der Krise weggefallen war. Schon früh positionierte sich neben dem ‚radikalen‘ niederbayerischen ein oberbayerisch-schwäbischer Flügel, in dessen Reihen die Moderaten den Ton angaben. Als wichtigster Kopf trat hier der Ruhpoldinger Gebirgsbauer Georg Ei-

---

43 Ein besonders plastisches Stimmungsbild jenes Jahres zeichnet Ludwig Thoma in seinem Bauernroman „Andreas Vöst“ (1906).

44 Vgl. hierzu Bergmann, Bauernbund, S. 8-11 mit weiterer Literatur.

45 Zur Gründung des Bauernbundes und ihren Rahmenbedingungen vgl. Hochberger, Bauernbund, S. 69-88.

46 Zitiert nach Haushofer, Bauernbund, S. 567.

47 Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 18.



senberger hervor, der für drei Jahrzehnte, von 1900 bis 1930, auch den ersten Vorsitzenden der Partei stellte. Als Galionsfigur der niederbayerischen Radikalen figurierte demgegenüber der Gutsbesitzer Carl Gandorfer aus Pfaffenberg, der 1913 in den bayerischen Landtag gewählt wurde.<sup>48</sup> Über seinen Bruder Ludwig trat Carl Gandorfer in Kontakt zur bayerischen Revolutionsregierung Kurt Eisners, der er von November 1918 bis Februar 1919 als Vorsitzender des Zentralbauernrates angehörte.<sup>49</sup> Nach diesem revolutionären Intermezzo fuhr der Bund wieder in gemäßigtem Fahrwasser; von 1920 bis 1930 übernahm er in einer Koalition mit der Bayerischen Volkspartei Regierungsverantwortung in München.<sup>50</sup> Diese Zusammenarbeit blieb nicht ohne Folgen für sein Selbstverständnis als Protestbewegung: Die schrittweise Transformation von einer radikalen Außenseiterformation zu einer fest etablierten politischen Kraft kennzeichnet die Entwicklung des Bundes in jenen Jahren. Aus der Retrospektive erscheint dieser Schwenk ins politische Fahrwasser der Moderaten als ausgesprochen folgenreich, denn mit der dramatischen Wirtschaftskrise 1929/30 trat eine sukzessive Radikalisierung breiter Teile der Landbevölkerung ein, deren Forderungen in einen politischen Raum stießen, den lange Zeit hindurch der Bauernbund besetzt hatte. Genau hier, durch die Besetzung des traditionellen Bauernbundterrains, setzte die nationalsozialistische Agitation an.

Die erste globale Agrardepression hatte den Bauernbund hervorgebracht. Dementsprechend hatte die neue politische Bewegung in erster Linie wirtschaftliche und soziale Themen aufgegriffen. Eine weltliche Programmatik prägte ihr Profil, nicht in erster Linie weltanschaulich-religiöse Vorgaben, wie bei der simultanen Konkurrenzgründung des Bayerisch Christlichen Bauernvereins.<sup>51</sup> Fortan war der Bund weder eine reine Interessenorganisation noch eine Partei im strengen Sinne. Nachdem sich zunächst die Straubinger Großbauern als treibende Kraft erwiesen hatten, fanden bald die unterschiedlichsten sozialen Gruppen zum Bund; politisch tonangebend blieben jedoch weiterhin die ‚Bauernkönige‘.<sup>52</sup> Obwohl sich die Rhetorik des Bundes seit der Regierungsbeteiligung in München 1920 gemäßigt hatte, beherrschten brisante Themen seine Agitation im gesamten Zeitraum zwischen 1893 und 1933.<sup>53</sup> Einige wichtige Forderungen der Vorkriegszeit wie die Einrichtung genossenschaftlicher Landeskreditanstalten oder die Verstaatlichung des Volksschulwesens<sup>54</sup> waren mittlerweile erfüllt, und so konzentrierte sich die Kampagne der ‚Bündler‘ auf wirtschaftspolitische Themen, die sich unter dem gemeinsamen Nenner einer ‚bäuerlichen Mittelstandsagenda‘ zusammenfassen lassen. Als Schutz gegen das gesellschaftliche

48 Zu Gandorfer vgl. Bergmann, Bauernbund u.a. S. 20f., 49-55, 91-93, 186-190, 318-322; eine Studie über Gandorfer von Anna Landes ist in Vorbereitung.

49 Vgl. Bergmann ebd., 45-63 sowie Georg Köglmeier, Die zentralen Rätegremien in Bayern 1918/19. Legitimation, Organisation und Funktion, München 2001, u.a. S. 205-212, 220-224.

50 Zur „konservativen Wende“ des Bauernbundes nach 1920 vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 63-89.

51 Zur Konkurrenzgründung des Bayerisch-Christlichen Bauernvereins vgl. Hochberger, Bauernbund, S. 66-68; Bergmann, Bauernbund, S. 30-32.

52 Wie übrigens auch beim Bayerisch Christlichen Bauernverein; vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 106.

53 Vgl. hierzu ebd., S. 72, 89-155 sowie Hochberger, Bauernbund, S. 111-130.

54 Auch hinter dieser Forderung hatten vornehmlich wirtschaftspolitische Motive gestanden, wie ein Dossier des Bayerischen Innenministeriums vom 27. 5. 1897 vermerkte. Demnach erhoffte man sich hiervon vor allem eine finanzielle Entlastung der Landgemeinden; vgl. Hochberger, Bauernbund, S. 18.

und politische *déclassement* der Bauern wollte man die Gefahren bannen, die aus der Marktintegration des Agrarsektors erwuchsen. Die zunehmende Verdrängung durch die neuen Branchen in den Industrie- und Dienstleistungssektoren sollte aufgehalten werden.<sup>55</sup> Dazu gehörte nach dem ersten Weltkrieg auch der Kampf gegen die Folgen des Achtstundentags in der Industrie.<sup>56</sup> Ab 1924 bekamen sie die Betriebe vor allem in einer verstärkten Landflucht von Dienstboten und Jungbauern zu spüren.<sup>57</sup> Diese versuchten sich hierdurch den vergleichsweise unattraktiveren Arbeits- und Lohnkonditionen auf dem Land zu entziehen; die bäuerliche Wirtschaft Bayerns litt daher gerade während der saisonalen Arbeitsspitzen zur Sommer- und Herbstzeit immer wieder unter Dienstbotenmangel.

Als ein Stimulans für die bäuerliche Interessenpolitik wirkten vor allem stagnierende oder fallende Agrarpreise. Die Formierung agrarischer Protestbewegungen in Europa und Nordamerika im letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts war vornehmlich vor dem Hintergrund der ersten globalen Agrarkrise zu verorten.<sup>58</sup> Nach 1905/07 beruhigte sich die Situation auf dem Lande wieder, ehe sich die Lage seit 1924 kontinuierlich und seit 1928/29 noch einmal dramatisch verschlechterte.<sup>59</sup> Zwischen 1928 und 1933 fiel der Preisindex agrarischer Erzeugnisse in Bayern von 100,8 auf 58,8, nachdem die Getreidemärkte schon in den Jahren zuvor unter starken Druck geraten waren.<sup>60</sup> Auch die Schlachtvieh- und Holzpreise sanken dramatisch, vor allem seit 1930.<sup>61</sup> Davon betroffen waren die Kleinbauern im Bayerischen Wald ebenso wie die Viehzüchter im Rottal, so dass der Ruf nach umfassenden staatlichen Stützungsmaßnahmen nunmehr von allen Seiten laut wurde.<sup>62</sup>

Das Lamento über zu niedrige oder rückläufige Vieh- und Getreidepreise wurde begleitet von einer immer massiver werdenden Kritik an zu hohen Steuern. Das gilt vor allem für die Zeit nach 1924, als sich die Forderungen des Fiskus an die Bauern gegenüber der Vorkriegszeit verdreifachten.<sup>63</sup> Angesichts der Tatsache, dass sich das Volkseinkommen bis 1928/29 wieder auf dem Niveau von 1913 eingependelt hatte, während die Einkünfte aus landwirtschaftlicher Tätigkeit inzwischen um 60 Prozent eingebrochen waren, sahen sich die Bauern besonders benachteiligt.<sup>64</sup> Darüber hinaus passte es schlichtweg nicht in ihr Selbstverständnis als ‚Volksernährer‘, dass sie überhaupt Steuern zahlen mussten, auch wenn sie dazu seit langem verpflichtet waren.

Zum Kampf um niedrigere Steuern gesellte sich die Forderung nach einer deutlichen Reduzierung staatlicher Ausgaben im öffentlichen Sektor. Dem Aufstieg des modernen Sozialstaates standen die Bauernbundfunktionäre besonders ablehnend gegenüber. Sie

---

55 Schon 1927 gingen 88 Prozent der niederbayerischen Getreideernte in den Markt; vgl. Holmes, NSDAP, S. 48.

56 Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 101-110; Stäbler, Weltwirtschaftskrise, S. 66-68.

57 Vgl. ebd., S. 245-255.

58 Vgl. hierzu Puhle, Agrarbewegungen, S. 58-64, 142-144.

59 Zur Agrardepression der Zwanziger Jahre vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 203-261; Holmes, NSDAP, S. 48-50, 173-185; Stäbler, Weltwirtschaftskrise, S. 51-64.

60 Vgl. Stäbler, Weltwirtschaftskrise, S. 52, Tab. 42.

61 Preisreihen ebd., S. 58f., 65f.

62 Zur den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf den Bayerischen Wald liegen keine Untersuchungen vor; knappe Ausführungen hierzu bei Holmes, NSDAP, S. 177-179.

63 Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 206-217; Stäbler, Weltwirtschaftskrise, S. 51.

64 Stäbler ebd., S. 51.

hatten vor allem die 1927 reichsweit eingeführte Arbeitslosenversicherung im Visier.<sup>65</sup> Immer wieder beklagten die Bauern die vermeintliche Faulheit ehemaliger Mägde und Knechte, die über den Sommer in der Stadt arbeiteten und sich während der kalten Jahreszeit arbeitslos meldeten. Wie weit die Dienstboten auch immer solchen ‚Verlockungen‘ ‚verfallen‘ sein mochten – die Wiedereinführung der drakonischen Bayerischen Gesindeordnung der Vorkriegszeit schien den niederbayerischen ‚Bauernkönigen‘ das probate Mittel zur Lösung ihrer Probleme.<sup>66</sup> Entsprechend wurden Forderungen der Landarbeiterverbände nach Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung immer wieder mit dem Argument des „Lohnbolschewismus“ zurückgewiesen.<sup>67</sup> Darüber hinaus lehnte der Bund staatliche Interventionen zugunsten gesellschaftlich benachteiligter Gruppen prinzipiell ab, eine Einstellung, die seinen Vertretern seitens der Behörden wiederholt den Vorwurf sozialer Rücksichtslosigkeit eintrug.<sup>68</sup>

Neben solchen sozialreaktionären Einstellungen bildete die Beamtenschelte wohl den festesten Bestandteil der Bauernbundagitation vor und nach dem ersten Weltkrieg.<sup>69</sup> Hierbei mischte sich der traditionelle Antibürokratismus der Bauern mit der Opposition gegen den modernen Interventionsstaat, Ressentiments an die später auch die NS-Propaganda appellieren sollte. Tatsächlich war die Erhöhung der bayerischen Beamtenbezüge im Jahr 1892 ein maßgeblicher Grund für die Formierung des Bauernbundes gewesen. Traditionell gab die höhere Ministerialbürokratie in München eine bevorzugte Zielscheibe der Attacken ab. Polemisch behauptete der radikale niederbayerische Bauernführer Gandorfer im Jahr 1927, die Ministerialen profitierten unmittelbar von der „Armut“ der Bauern, seien doch ihre immer weiter steigenden Bezüge mit einer Steuerpolitik verbunden, welche die Betriebe rücksichtslos auspresse.<sup>70</sup>

Zur Feindschaft gegen die Staatsdiener gesellte sich der gemäßigte Antiklerikalismus des Bundes. Ohne die katholisch dominierte Kultur auf den niederbayerischen Dörfern ernsthaft in Frage zu stellen, bot doch die dominierende Stellung der Pfarrer ein wichtiges Motiv zur Formierung des Bundes im Jahr 1893. Als Emanzipationsbewegung gegen die vermeintlich allmächtigen Autoritäten in Staat und katholischer Kirche entstanden, bemühte sich der Bauernbund seit jeher um eine Beschneidung des klerikalen Einflusses.<sup>71</sup> Auf politischer Ebene nahm der Bund die Gegenposition zur Bayerischen Volkspartei ein, auch wenn diese Gegnerschaft aufgrund der seit 1920 bestehenden Koalitionsverpflichtungen abgeschwächt wurde.

65 Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 248-255; Holmes, NSDAP, S. 124.

66 So etwa die Forderung der bayerischen Landesbauernkammer vom 3. Juni 1921; vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 110.

67 Vgl. ebd., S. 103 u. 105; zu den Ansätzen gewerkschaftlicher Organisation der Landarbeiterschaft in Bayern vor dem ersten Weltkrieg ebd., S. 107-110 sowie Schlögl, Agrargeschichte, S. 577f.

68 Bergmann, Bauernbund, S. 249.

69 Ebd., S. 284-288 sowie Hochberger, Bauernbund, S. 172-176.

70 Vgl. Holmes, NSDAP, S. 124.

71 Vgl. Ausführungen weiter oben.

## 5. Die NSDAP in den Fußstapfen des niederbayerischen Bauernbundes 1929-1933

Als die NSDAP ab 1929 ihre Kampagne um die Stimmen ländlicher Wähler aufzuziehen begann, knüpfte sie mit scharfen Verbalattacken auf die BVP und die Beamten unmittelbar an die Tradition des Bauernbundes an.<sup>72</sup> Auf die Bedeutung der Bauern als potentielle NSDAP-Wähler hatte schon Jahre zuvor der von 1925 bis 1929 amtierende niederbayerische Gauleiter Gregor Strasser hingewiesen.<sup>73</sup> Ihm schloss sich sein langjähriger Mitstreiter Heinrich Himmler an, als er anmerkte, dass eine reichsweit agierende politische Dachformation der deutschen Bauernschaft nicht existiere. Während die Linke, so Himmler in einem Positionspapier von 1924, „für die Sache der Juden einstehe“, vertrete die Rechte „die großen Kapitalinteressen“.<sup>74</sup> Auch Gregor Strasser wies den Bauern im Rahmen seiner ständesozialistischen Überlegungen eine zentrale Rolle zu.<sup>75</sup> Doch bis solche Überlegungen Folgen zeitigten, sollte noch ein halbes Jahrzehnt vergehen. Wegweisend hierfür waren das Debakel bei den Maiwahlen des Jahres 1928 und die sich daran anschließende sukzessive Neuausrichtung der NSDAP-Strategie. Speziell das schlechte Abschneiden auf den Dörfern sowie in den Kleinstädten veranlasste die Parteiführung zu einer grundsätzlichen Neuorientierung ihrer Propaganda. Den Anfang setzte die sogenannte „Führertagung“ in München vom 31. August bis zum 2. September 1928. Abgesehen vom Einschwören seiner Anhängerschaft auf eine straff organisierte Führertruppe machte sich Hitler für die verstärkte Mobilisierung ländlicher und kleinstädtischer Wähler stark.<sup>76</sup> An dieser Marschroute orientierte sich auch die Instruktion Heinrich Himmlers vom Dezember 1928, mit der die erste Agitationswelle der NSDAP seit ihrer Wiederbegründung eingeläutet wurde.<sup>77</sup> In jedem Gau sollten innerhalb von sieben bis zehn Tagen jeweils siebzig bis zweihundert Versammlungen abgehalten werden. Im Anschluß daran war in jedem Ort eine Propagandawoche abzuhalten, bei der insbesondere die SA mit ihren Werbeabenden zum Zug kommen sollte. Begünstigt wurde die Wiederkehr der NSDAP durch die große Krise, die von Hitler seit langem herbeigesehnt worden war. Seit 1928/29 verschlechterte sich die politische Stimmung der deutschen Bevölkerung massiv; besonders die Landbevölkerung öffnete sich weiter für radikalen Protest.<sup>78</sup> Symptomatisch hierfür waren die verbreiteten Aktionen der bayerischen Agrarverbände des Jahres 1928, die wiederum unter dem Eindruck der spektakulären Aktionen der Schleswig-Holsteinischen Landvolkbewegung standen, die für den aufsehen erregenden Protestzug vom 28. Januar 1928 nicht weniger als

72 In den Bauernbundhochburgen bestimmte bis 1930 die traditionelle Gegnerschaft zur BVP den Tenor der öffentlichen Berichterstattung, stellvertretend hierfür mag diejenige des Bayerischen Volksblattes aus Griesbach stehen, das am 1.4.1930 in „Bayerischer Volksbote“ umbenannt wurde.

73 Holmes, NSDAP, S. 82-84; zu Gregor Strasser: Udo Kissenkoetter, Gregor Strasser und die NSDAP, München 1978; Peter D. Stachura, Gregor Strasser and the Rise of Nazism, London u.a. 1987.

74 Vgl. Holmes, NSDAP, S. 82-84.

75 Vgl. Ebd., S. 83.

76 Vgl. Pridham, Hitlers' Rise, S. 92-95, 116; Holmes, NSDAP, S. 61.

77 Das Folgende nach Albrecht Tyrell (Hg.), Führer befiehlt ... Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 255-257.

78 Vgl. Bergmann, Bauernbund, S. 326-328.



140.000 Marschbauern mobilisiert hatte.<sup>79</sup> Unter den Anhängern des Bauernbundes war die Protestbereitschaft groß; ihr Groll richtete sich zunehmend auch gegen die eigenen Führer, insbesondere gegen die gemäßigten Politiker, wie Landwirtschaftsminister Anton Fehr und den langjährigen Bundesvorsitzenden Georg Eisenberger.<sup>80</sup> Die Forderung nach einer entschlossen handelnden Bundesführung wurde immer lauter, ohne dass etwas geschah.

Damit war im Jahr 1929 für die Nazis eine ausgesprochen günstige Ausgangssituation für ihre Agitation gegeben. Gleichwohl erwies sich die Kampagne der NSDAP in Niederbayern zunächst als Schlag ins Wasser. Während die Hitlerbewegung in den Schleswig-Holsteinischen Marschen 1928/29 ihre ersten Erfolge als ‚negative Volksbewegung‘ errang, beging sie in Ostbayern schwere taktische Fehler.<sup>81</sup> So hatte sie mit dem Hauptredner vom September und Oktober 1929 auf das falsche Pferd gesetzt: Der aus Hannover stammende lutherische Pastor Münchmeyer passte einfach nicht in das niederbayerisch-katholische Milieu. Als problematisch erwies sich zudem, dass ihm der Ruf des skandalumwitterten ‚Politikdesperados‘ voraus ging.<sup>82</sup> In den Zeitungen angekündigt als „Pfarrer a.D. Münchmeyer/Borkum“<sup>83</sup> konzentrierte er seine Aktivitäten in erster Linie auf die östlichen Bezirksämter, um dort die Allianz von Kreuz und Hakenkreuz zu proklamieren. Zudem profilierte sich der NS-Pastor durch einen Radauantisemitismus, der in die Stimmung vor dem 9. November 1923 gepasst haben mochte, jedoch nicht mehr in diejenige Ende der Zwanziger Jahre.<sup>84</sup> Münchmeyers Auftreten im östlichen Niederbayern rief zwar ein beträchtliches Presseecho hervor, jedoch ohne auf entsprechende Akzeptanz in der Bevölkerung zu treffen.<sup>85</sup> Nur dort, wo die Nazi-Partei schon zuvor vergleichsweise stark gewesen war, wie etwa in Vilshofen, registrierte sie unmittelbar nach dem Auftreten Münchmeyers den Zustrom von neuen Mitgliedern.<sup>86</sup> Ansonsten erwies sich der Pfarrer als politische Fehlbesetzung. Die NSDAP-Führung musste erkennen, dass seine verbalen Rundumschläge, vor allem aber sein wüster Rassenantisemitismus hier nicht ankamen. Gerade die judenfeindlichen Attacken Münchmeyers wirkten eher irritierend auf eine Bevölkerung, in der antisemitische Ressentiments – im Gegensatz zu Mittelfranken, Nordhessen und Schleswig-Holstein – weniger verbreitet waren.<sup>87</sup>

Somit blieb der NSDAP nichts anderes übrig, als Münchmeyer abzuziehen und nach neuen Rednern Ausschau zu halten. Mit Otto Erbersdobler, einem Gutsbesitzer aus Fürstenzell bei Passau, rückte eine Überwindung der ‚Herbstkrise 1929‘ in Reichweite. Noch im selben Jahr zum Gauleiter von Niederbayern befördert, bestimmte er zusammen mit dem Volksschullehrer Hermann Grassl die Marschroute der niederbayerischen NSDAP

79 So die Angabe bei Erwin Topf, *Die Grüne Front. Der Kampf um den deutschen Acker*, Berlin 1933, S. 5.

80 Vgl. Holmes, NSDAP, S. 130.

81 Vgl. Stoltenberg, *Landvolk*, S. 107-109, 128-130.

82 Holmes, NSDAP, S. 89.

83 So die Ankündigung im „Dingolfinger Anzeiger“ vom 8.9.1929.

84 Vgl. auch Holmes, NSDAP, S. 89.

85 So unter anderem im „Bayerischen Kurier“ und in der „Münchener Post“; nach StAL Rep. 168/5 Nr. 490a.

86 Ebd. Bericht des Bezirksamts Vilshofen an das Niederbayerische Regierungspräsidium vom 14.9.1929.

87 Eine Fallstudie zum jüdischen Leben in Niederbayern von Bernhard Löffler/Universität Passau ist in Vorbereitung; zur Bedeutung des Antisemitismus für die NS-Agitation in den Jahren 1930-1933 am bayerischen Beispiel: Pridham, *Hitlers' Rise*, S. 237-244.

für die nächsten Jahre.<sup>88</sup> Dank ihrer Herkunft aus Niederbayern waren Erbersdobler und Grassl mit der Mentalität der Bevölkerung vertraut, so dass eine Wiederholung des ‚Münchmeyer-Debakels‘ vom Herbst 1929 ausgeschlossen schien. Eine schillernde Figur war zweifellos der Volksschullehrer aus Rottenburg, dem persönliche Ausstrahlung und beachtliche rhetorische Fähigkeiten nachgesagt wurden. Politisch durchaus scharfsinnig hatte Grassl im Bayerischen Bauernbund die Schwachstelle des politischen Systems schlechthin ausgemacht.<sup>89</sup> Das lag nicht nur daran, dass sich große Teile der bündischen Agenda problemlos in diejenige der Nationalsozialisten einfügen ließen, sondern auch an der lockeren Binnenstruktur des Bundes. Weder Partei noch Interessengruppe im strengen Sinn, hatte dieser nie tiefere organisatorische Wurzeln schlagen können. Anders als bei der Bayerischen Volkspartei oder der SPD, die sich jeweils über ein dichtes Netzwerk von Vereinen und Organisationen eine feste Anhängerschaft sicherten, fehlte es hier an vergleichbarer Infrastruktur. Die mangelnde organisatorische Fundierung und das schwache programmatistische Profil sollten sich für seine politische Schlagkraft seit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise als entscheidender Nachteil erweisen. Genau an diesen Schwachstellen anzusetzen, schlen Grassl zum Ende des Jahres 1929 als das politische Gebot der Stunde. Anstatt sich die Zähne am Zentrum auszubeißen, lenkte er die NSDAP-Strategie auf die Eroberung der Hochburgen des Bauernbundes. Günstige Anknüpfungspunkte boten die traditionellen Bundesthemen, die jedoch noch stärker als bisher auf die katholisch bestimmte Kultur der Region zugeschnitten wurden. Schon der Bauernbund hatte es vermieden, mit antisemitischen Parolen beim bauerlichen Publikum zu werben.<sup>90</sup> Nach den schlechten Erfahrungen während des ‚Münchmeyer-Intermezzos‘ schraubten Erbersdobler und Grassl die Rassen- und Judenthematik ebenfalls deutlich zurück, und folgten damit einer Taktik, die sich auch für andere Regionen Bayerns beobachten lässt.<sup>91</sup> Die Kampagne gegen den Young-Plan im Zeichen des Referendums vom Dezember 1929 markierte insofern einen Meilenstein auf dem Weg von einer vornehmlich rassistisch-weltanschaulichen zu einer aktuell-themenbezogenen Agitation.<sup>92</sup> Etwa gleichzeitig läuteten Erbersdobler und Grassl eine Umarmungskampagne gegenüber der katholischen Kirche ein, die direkt an eine Rede Hitlers in Passau vom Oktober 1928 anknüpfen konnte. Darin hatte er die religionsfreundliche Haltung seiner Partei betont, die von ihren Gegnern, vor allem der Bayerischen Volkspartei, immer wieder als unchristlich, vor allem aber als katholikengefährlich hingestellt wurde.<sup>93</sup> Man kann diese Taktik als „pseudokonservativ“ (Holmes) bezeichnen, ge-

88 Zu Grassl: Holmes, NSDAP, S. 94f.

89 Das Folgende nach ebd., S. 141-143.

90 Im Gegensatz zum Österreichischen Bauernbund war sein bayerisches Pendant weitgehend frei von antisemitischen Ressentiments; nur vor 1914 schimmerten diese gelegentlich in der Bauernbundpublizistik durch, so unter anderem in den von Anton Memminger redigierten Bauernbundkalendern und der „Bundeszeitung Pfarrkirchen“; vgl. Hochberger, Bauernbund, S. 41, 120 Anm. 35, 123, 151f.

91 Wie etwa der Landeshauptstadt München; vgl. Helmut K. Anheier, Friedhelm Neldhardt, Wolfgang Vorkamp, Konjunkturen der NS-Bewegung. Eine Untersuchung der Veranstaltungsaktivitäten der Münchner NSDAP 1925-1930, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50, 1998, S. 619-644, hier S. 634-636; das gleiche gilt auch für den ländlichen Bereich, vgl. Hille, Der Aufstieg, S. 918-922; Pridham, Hitlers' Rise, S. 237.

92 Zu dieser Kampagne in Bayern vgl. Pridham, ebd., S. 84f., 87-90.

93 „In unseren Reihen dulden wir keinen, der die Gedanken des Christentums verletzt“, so Hitler am 27.

tragen von dem Ziel, die auch in Niederbayern fortbestehenden Hindernisse einer katholisch bestimmten Kultur zu überwinden.<sup>94</sup>

Seit Ende des Jahres 1929 verlagerten sich die NSDAP-Aktivitäten immer mehr auf die Hochburgen des Bauernbundes.<sup>95</sup> Einen der wichtigsten Schauplätze bildete das untere Rottal, wo die Entfremdung der traditionellen Bundesklientel von ihren ‚Führern‘ bereits weit fortgeschritten war. Ein bezeichnendes Licht auf die Stimmung jener letzten Wochen des Jahres 1929 mag eine NSDAP-Versammlung vom 1. Dezember 1929 in Griesbach im Rottal werfen. Konnte die bisherige Außenseiterformation schon die ungewöhnliche Resonanz von 500, nach anderen Angaben sogar 700 Teilnehmern, als einen Erfolg verbuchen, so wurde dieser durch die Anwesenheit des Passauer Bundessekretärs Kainz und 150 bis 200 seiner Anhänger zusätzlich gesteigert.<sup>96</sup> Denn als Kainz nach hitziger Diskussion seine Leute dazu aufforderte, mit ihm den Saal zu verlassen, folgte ihm nur ein Teil, während die übrigen weiterhin den Ausführungen des NS-Redners zuhörten.<sup>97</sup> Vor diesem Hintergrund mutet der Kommentar geradezu visionär an, der am Folgetag im Bauernbund-nahen „Bayerischen Volksblatt“ aus Griesbach erschien.<sup>98</sup> In Hinblick darauf, dass „selbst Griesbacher mittelständische Geschäftsleute von der nationalsozialistischen Seuche erfasst worden sind“ erscheine es „durchaus begreiflich, dass die bündlerisch gesinnte bäuerliche Bevölkerung des Bezirks Griesbach aus solcher Haltung künftig ihre Konsequenzen ziehen werde.“<sup>99</sup>

In der Tat mögen solche Vorgänge wie ein Menetekel für den Niedergang des BBMB erscheinen und schon einen Monat später, im Januar 1930, berichtete das niederbayerische Regierungspräsidium von Absetzungsbewegungen Griesbacher Bauernbundführer, die ihre neue politische Heimat bei der NSDAP suchten.<sup>100</sup> Steigende Teilnehmerzahlen bei den Kundgebungen der Hitlerbewegung signalisieren ihre gewachsene Resonanz in der Öffentlichkeit seit Ende des Jahres 1929. Die Kampagne gegen den Young-Plan, über den im Dezember 1929 per Referendum abgestimmt werden sollte, erwies sich in dieser Hinsicht als Sprungbrett aus der politischen Bedeutungslosigkeit. Zusammen mit den ebenfalls im Dezember 1929 anstehenden Kommunalwahlen brachte sie den ersten großen Mobilisierungserfolg der NSDAP.<sup>101</sup> Auch im östlichen Niederbayern schnellten die Besucherzahlen ihrer Kundgebungen nach oben, wie zahlreiche Gendarmerieberichte aus den Bezirksämtern Griesbach und Pfarrkirchen vom Ende des Jahres 1929 bezeugen. Die vielfach geschürte Angst vor den wirtschaftspolitischen Folgen des Young-Planes mag hierbei ebenso

Oktober 1928 in Passau; vgl. Hitler, Reden, Schriften, Anordnungen Februar 1925 bis Januar 1933, hg. vom Institut für Zeitgeschichte, Bd. 3: Zwischen den Reichstagswahlen Juli 1928-September 1930, Teil 1: Juli 1928-Februar 1929, hg. und kommentiert von Bärbel Dusik und Klaus A. Lankheit unter Mitwirkung von Christian Hartmann, München u.ä. 1994, S. 191.

94 Vgl. Holmes, NSDAP, S. 103f.

95 Vgl. auch Pridham, Hitlers' Rise, S. 121f.

96 Gendarmeriebericht Griesbach vom 2.12.1929 unter StLA Rep. 164/6 Nr. 4581.

97 Ebd.

98 Zusammenstellung der Bauernbund-nahen Presse bei Bergmann, Bauernbund, S. 367f.

99 Bayerisches Volksblatt vom 2.12.1929.

100 Vgl. auch Bergmann, Bauernbund, S. 346, Anm. 51; Holmes, NSDAP, S. 144.

101 Vgl. Anm. 92.

wenig ihre Wirkung verfehlt haben wie die Radikalisierung der traditionellen Rhetorik des Bauernbundes durch die Nazis, allem voran die altbekannte Beamtenschelte.<sup>102</sup> Besonders die höheren Staatsdiener in München wurden aufs Korn genommen. Eigentümlicherweise bedienten die Redner nicht nur die anti-etatistischen Ressentiments, sondern im gleichen Atemzug das Bedürfnis nach einer starken politischen Obrigkeit. Grassl und Erbersdobler wurden niemals müde, radikalste staatliche Schutz- und Strafmaßnahmen zugunsten der danniederliegenden Landwirtschaft einzufordern. Dabei bedienten sie sich eines Tonfalls, den man bislang hauptsächlich von den militanten Exponenten des BBMB gewohnt war.<sup>103</sup> Für jene ehemaligen Bündler, die mittlerweile das Braunhemd trugen, bedurfte es daher keiner politischen Umorientierung. Das galt auch für den Kopf der Griesbacher Bauernkammer Wasner und seinen Mitstreiter Steindl. Mit ihrem Ruf nach dem Galgen für all jene, die des „nationalen Verbrechens der Schieberei“, überführt seien, stellten sie sich in der aufgeheizten Stimmung der frühen Dreißiger Jahre ebenso wenig ins politische Abseits wie mit ihrer Forderung nach Einsetzung von Standgerichten für alle „Spekulanten und Wucherer“.<sup>104</sup>

Solche Stimmungen in Stimmengewinne bei Wahlen umzusetzen, gelang den Nationalsozialisten zunächst jedoch nicht. Immer mehr kontrastierte ihre Resonanz in der Öffentlichkeit mit der tatsächlichen Unterstützung durch die Bevölkerung. Auch in den Hochburgen des Bauernbundes, auf die sich ihre Aktivitäten in starkem Maß konzentriert hatten, hielten sich die Gewinne der NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 in Grenzen. Selbst im Bezirksamt Griesbach, wo die Nazi-Partei mit 15,5 Prozent das beste Resultat in sämtlichen niederbayerischen Kreisen erzielte, blieb man unter dem durchschnittlichen Ergebnis im Reich, das bei 18,3 Prozent lag.<sup>105</sup> Sogar die Anhänger des Bauernbundes erwiesen sich zunächst als erstaunlich resistent gegenüber den NS-Parolen, selbst viele, die dem Bund ihre Loyalität aufgekündigt hatten, liefen nicht direkt zur NSDAP über, sondern suchten eine neue politische Heimat bei der Bayerischen Volkspartei.<sup>106</sup>

Um neue Anhänger zu gewinnen, lief die NS-Kampagne in der Folge nochmals auf höheren Touren. Begünstigt von der sich verschärfenden Wirtschafts- und Gesellschaftskrise entfalteten Erbersdobler und Grassl in den Jahren 1931/32 eine Agitation, welche alle bisherigen Maßstäbe sprengte. Abermals schnellte die Zahl der NS-Versammlungen kräftig nach oben. Exemplarisch hierfür mag die Situation im Bezirksamt Griesbach stehen, wo im Zeitraum vom 18. April bis zum 20. Dezember 1931 von den 66 amtlich registrierten öffentlichen Veranstaltungen von politischen Parteien nicht weniger als 55 von der NSDAP bestritten wurden.<sup>107</sup> Seit Oktober 1931 verging nahezu kein Tag mehr, an dem nicht in irgendeinem Dorf eine NS-Kundgebung stattfand. Die politische Mobilisierung der Massen im Zeichen des Hakenkreuzes setzte sich über den ganzen Winter 1931 bis weit in das Jahr

---

<sup>102</sup> Vgl. Holmes, NSDAP, S. 142.

<sup>103</sup> Ebd.

<sup>104</sup> Das waren die Kernpunkte eines Aufrufs vom Dezember 1931, den sie im Dezember 1931 an die Bauern der ostbayerischen Grenzregion richteten; vgl. ebd., S. 150.

<sup>105</sup> Wie Anm. 36.

<sup>106</sup> Vgl. Thränhardt, Wahlen, S. 179f.

<sup>107</sup> Berechnet nach StAL Rep. 164/6 Nr. 4581 (Politische Ausschreitungen 1931/32: Verordnungen).



1932 hinein fort. Zusätzlichen Anlass hierfür boten die fünf Wahltermine vom März bis zum November 1932. Die NSDAP bestritt vom 6. Januar bis zum 5. November 1932 alles in allem 93 der 201 behördlich angemeldeten Parteikundgebungen.<sup>108</sup> Was die Zahl der Versammlungen betrifft, rangierte weit abgeschlagen an zweiter Stelle die BVP.<sup>109</sup> Immerhin entfaltete die BVP mehr politische Initiative als die immer mehr in Lethargie verfallende Konkurrenz des BBMB. Das änderte jedoch nichts daran, dass auch die Aktivitäten des politischen Katholizismus im Winter 1932/33 ganz und gar von der Agenda der NS-Bewegung überlagert wurden. Mittlerweile hatten die Braunhemden so viele Anhänger gefunden, dass sie ihre Redner überwiegend unter Einheimischen rekrutieren konnten. Im Raum Griesbach versuchte sich neben lokalen NS-Größen vor allem die Fürstenfelder Entourage des Otto Erbersdobler zu profilieren; hinzu kamen einige Agitatoren aus Passau.<sup>110</sup> Kaum anders sah die Situation im Nachbarbezirk Pfarrkirchen aus. Versammlungen der Nazi-Partei mit mehr als 300 Zuhörern ließen fast vergessen, dass hier noch vor kurzem der BBMB die dominierende politische Kraft gewesen war.<sup>111</sup>

Neben der wirtschaftlichen Misere bestimmten die Opposition zur Bayerischen Volkspartei sowie Fragen von Religion und Christentum die Agenda der niederbayerischen Braunhemden seit 1929/30. Das galt zum Teil auch noch für die Kampagne zu den letzten halbwegs freien Reichstagswahlen vom 5. März 1933 im Bezirksamt Griesbach.<sup>112</sup> Während die ökonomische Lage auch diesmal alle anderen Probleme überlagerte, rangierten Kirche und politischer Katholizismus an zweiter Stelle der politischen Tagesordnung. Erscheint dieser Befund kaum überraschend, so gilt dies weniger für die Neuauflage des Antisemitismus als wichtigem Thema öffentlicher Veranstaltungen. Nachdem die antijüdischen Attacken über Jahre von der offiziellen Bühne in die internen „Sprechabende“ verdrängt worden waren, erlebten sie im Raum Griesbach seit dem 30. Januar 1933 eine bemerkenswerte Renaissance. Die „Judenfrage“ war wieder politisch parkettfähig geworden, und mit ihr ein agitatorischer Dauerbrenner aus der Frühzeit der NS-Bewegung. Andere Reizthemen aus der Zeit vor dem neunten November 1923 rückten demgegenüber in den Hintergrund; wie etwa die Komplexe „Mammonismus-Leihkapital“ und „Versailles“.<sup>113</sup>

Sozialistische und außenpolitische Forderungen rückten nun in den Hintergrund, während der Antimarxismus auch weiterhin das Selbstverständnis der NS-Bewegung bestimmte. Schon vor dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 zettelten die Berliner und die zunehmend unter Druck geratenen bayerischen Behörden eine heftige antikommunistische Agitation an, deren Intensität danach nochmals gesteigert wurde. In den Wochen vor dem 5. März 1933 wurden die NS-Redner daher nicht müde das ‚Gespenst‘ der Revolution

<sup>108</sup> Berechnet nach ebd.

<sup>109</sup> Im Zeitraum vom 6.1.1932 bis 5.11.1932 bestritt die BVP im Bezirksamt Griesbach 44, die SPD 12, der Bauernbund 18 und die KPD 21 Versammlungen; berechnet nach ebd.

<sup>110</sup> Für Griesbach fällt am häufigsten der Name Dr. Hartmann, aus Fürstenzell kamen häufig hierher Otto Erbersdobler, Jakob Mayer und Karl Schäfer; aus Passau Max Moosbauer und Josef Dörner; Quelle wie ebd.

<sup>111</sup> Schwerpunkte bildeten die Städte Simbach und Pfarrkirchen; StAL Rep. 64 Nr. 6510.

<sup>112</sup> Das Folgende aufgeschlüsselt nach StAL Rep. 164/6 Nr. 4581.

<sup>113</sup> Vgl. Werner Maser, *Zur Frühgeschichte der NSDAP*, Bonn 1965, hier bes. S. 256 sowie Reginald H. Phelps, *Hitler als Parteiredner 1920*, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 11, 1963, S. 274-330.

von 1918 zu beschwören, um sich gleichzeitig zum Retter vor der drohenden „bolschewistischen Gefahr“ zu stilisieren. Deshalb rangierte das Thema „Marxismus/Kommunismus“ an vierter Stelle der Themen von Reden in jenen Wochen. Noch häufiger strapaziert wurden die (Land)wirtschaftspolitik, Fragen des politischen Katholizismus und der Kirche sowie der Antisemitismus.

Dass diese Agenda zuletzt auch bei der Landbevölkerung auf große Resonanz stieß, bewies das Votum vom 5. März 1933. Die Anhängerschaft des BBMB schenkte nunmehr überwiegend der NSDAP ihr Vertrauen. Schon in seinem Halbmonatsbericht vom 12. Oktober 1931 hatte der niederbayerische Regierungspräsident darauf hingewiesen, dass gerade der nationalistisch gesinnte Teil der Bauernschaft, hier vor allem die Junglandwirte, dem NS zu folgen geneigt seien.<sup>114</sup> Obwohl die bisherige Forschung die Bedeutung des ländlichen Nachwuchses für den Aufstieg der NSDAP kaum näher untersucht hat, sprechen manche Indizien für einen positiven Zusammenhang.<sup>115</sup> Statusängste, vor allem das Bangen um die Erbschaft wegen der steigenden Verschuldung der Anwesen scheinen offenbar eine besondere Rolle gespielt haben. Es war die NSDAP, der es als einziger politischer Formation gelang, solche Sorgen zu instrumentalisieren. Nachdem schon im Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl im Frühjahr 1932 zahlreiche Plakate mit dem Aufruf kursierten: „Altbauer Hindenburg übergibt dem Hof dem Jungbauern Adolf Hitler. Bauern wählt Adolf Hitler!“<sup>116</sup> schien zunächst nicht sicher, ob diese Strategie jemals aufgehen sollte. Am Abend des 5. März 1933, dem Tag der letzten halbwegs freien Landtagswahlen in Bayern, wurde ihr fataler Erfolg offenbar.

## 6. Resumé

Die Untersuchung hat gezeigt, dass die NS-Strategie vor 1933 in Niederbayern an den Schwachstellen der politischen Architektur ansetzte. In erster Linie trat die NSDAP die politische Erbschaft des Bauernbundes an, einer regionalen Protestbewegung, die in den frühen 1890er Jahren entstanden war. Der Bauernbund war eine eigenständige politische Bewegung ohne feste Organisation, der im Verlauf der Zwanziger Jahre dem einst dominierenden politischen Katholizismus politisches Terrain vor allem im Osten des Bezirks abjagte. Dass es den Nationalsozialisten im Verlauf der Jahre 1932 und 1933 – nach zunächst fruchtlosen Versuchen – noch gelang, einen großen Teil der ehemaligen Anhänger des Bauernbundes für sich zu mobilisieren, hing wesentlich mit der losen Binnenstruktur der älteren Bewegung zusammen, mit ihrem vergleichsweise schwach ausgeprägten inhaltlichen Profil sowie mit einer Führung, die im Gegensatz zum späten 19. Jahrhundert keine radikalen politischen Alternativen mehr zu bieten hatte. Hinzu kam, dass der BBMB eben keine Weltanschauungspartei war wie die Bayerische Volkspartei, das Zentrum oder die beiden Arbeiterparteien KPD und SPD, die jeweils über feste Massenorganisationen verfügten

114 Halbmonatsbericht vom 12.10.1931 unter StAL Rep. 168/5 Nr. 1122.

115 Für das Münsterland wurden solche Zusammenhänge geltend gemacht bei Wagner, NSDAP auf dem Dorf, u.a. S. 245-247, 254.

116 Wortlaut einer NS-Anzeige, die Anfang März 1932 in zahlreichen bayerischen Lokalblättern kursierte.

und die Teile eines Milieus waren, das politischen Konkurrenten die Agitation von vornherein erschwerte.<sup>117</sup> Das Fehlen einer festen, weltanschaulich gebundenen Stammwählerschaft, die über ein weitreichendes Netzwerk an Vereinen gegen 'feindliche' politische Einflüsse abgeschirmt war, erleichterte es den Nationalsozialisten erheblich, sich schrittweise in den Bauernbundhochburgen einzunisten. Dabei griffen sie auf eine Strategie zurück, die sich auch in anderen ländlich geprägten Regionen als langfristig erfolgreich erwies, wie etwa im gänzlich anders strukturierten Mecklenburg. Man kann sie als Anpassungsstrategie<sup>118</sup> bezeichnen, die flexibel auf die jeweils zu bedienende Klientel zugeschnitten wurde. An erster Stelle stand der Appell an die jeweils vorherrschenden politischen Ressentiments, ohne dass damit konkrete inhaltliche Aussagen verbunden waren. In Hinblick auf das Ziel, möglichst große gesellschaftliche Gruppen für die NSDAP zu gewinnen, vermieden ihre Redner konkrete inhaltliche Festlegungen. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Niederbayern wählten sie eine gemäßigte, pseudokonservative Strategie, indem sie beispielsweise immer wieder ihr „positives Christentum“ betonten. Insoweit unterschied sich die politische Strategie im bayerischen Unterland nicht grundsätzlich von derjenigen in anderen Regionen Deutschlands. Zugleich wies der Weg vieler Niederbayern in die NSDAP in den Jahren 1929 bis 1933 seine Spezifika auf. So sprechen manche Indizien dafür, dass die Bindekraft des katholischen Milieus in der Weimarer Republik gerade im niederbayerischen Osten nicht so ausgeprägt war wie in anderen katholischen Regionen.<sup>119</sup> Darauf deuten besonders nach dem ersten Weltkrieg nicht nur die niedrigen BVP-Voten in den östlichen Bezirksamtern hin<sup>120</sup>, sondern auch die starken Wählerwanderungen zwischen beiden Formationen sowie das Überlaufen Griesbacher Bauernbundfunktionäre zu den Nationalsozialisten schon um die Jahreswende 1929/30. Andererseits hielt der größte Teil des Wahlvolkes selbst in Griesbach längere Zeit auf Distanz zur NSDAP; bis einschließlich zu den Novemberwahlen 1932 blieb die entsprechende Stimmenzahl unter dem Reichsschnitt.<sup>121</sup> Somit indiziert auch dieser Fall jene genuine NS-Resistenz katholischer Wähler unabhängig von bestimmten Milieubindungen, wie sie bereits Rainer Falter für die überregionale Ebene betont hat.<sup>122</sup> Der politische Dammbbruch vom März 1933 machte allerdings mehr als deutlich, dass diese Resistenz nur zeitlich begrenzt war, und dies nicht nur hier, sondern in den meisten östlichen Bezirksamtern Niederbayerns.<sup>123</sup>

---

117 Zur Resistenz ländlicher proletarischer Milieus gegen den Nationalsozialismus über die Märzahlen 1933 hinaus besonders in Gebieten punktueller Industrialisierung mit sehr hohem Anteil an KPD-Anhängern vgl. Klaus Tenfelde, *Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900–1945*, München/Wien 1982; für das Sonderbeispiel schwäbischer Arbeiterbauern vgl. Hans Joachim Althaus u.a., *Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das „rote Mössingen“ im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes*, Berlin 1982, bes. S. 142–181.

118 So der wichtigste Befund der Studie von Hempe, *Ländliche Gesellschaft*, hier bes. S. 343f.

119 Vgl. Anm. 17.

120 Vgl. Anm. 35.

121 Bei den Reichstagswahlen vom November 1932 stimmten im Bezirksamt Griesbach 28,9 % für die NSDAP (Niederbayern: 19 %; Reich: 33,1 %); Zahlen nach Stäbler, *Weltwirtschaftskrise*, S. 339 Tab. 44.

122 Vgl. Falter, *Hitlers Wähler*, S. 193.

123 Relativiert wurde die Resistenzthese neuerdings auch am Beispiel der katholisch geprägten Dörfer des Landes Lippe in Ostwestfalen. Demnach stellte sich das dortige Arrangement der Katholiken mit den Nationalsozialisten im Vergleich zu den Protestanten nur mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung ein, d.h. vor allem in den ersten Monaten nach der Machtergreifung; vgl. Wagner, *NSDAP auf dem Dorf*, S.257f.